

Zwei-Staaten-Lösung, aber richtig

geschrieben von Redaktion | 3. April 2024



Die israelische Regierung lehnt eine Zwei-Staaten-Lösung entschieden ab, ebenso wie ein erheblicher Teil der israelischen Bevölkerung, zum Teil aus religiösen Gründen: "Gott hat uns das Land gegeben", und zum Teil aus Sicherheitsgründen: "Wir können mit einem Staat Palästina niemals sicher sein." Ein erheblicher Teil der Palästinenser betrachtet Israel als illegitimes Siedlerkolonialgebilde und misstraut in jedem Fall jeglichem Friedensprozess.

Wie sollte also vorgegangen werden? Die übliche Empfehlung ist die folgende sechsstufige Abfolge von Ereignissen:

1. Waffenstillstand.
2. Freilassung der Geiseln.
3. humanitäre Hilfe.
4. Wiederaufbau.
5. Friedenskonferenz für Verhandlungen zwischen Israel und Palästina. Und schliesslich
6. Gründung zweier Staaten in vereinbarten Grenzen.

Dieser Weg ist nicht realisierbar. Die Schritte 5 und 6 geraten immer wieder in eine Sackgasse, und diese Abfolge scheitert bereits seit 57 Jahren, seit dem Krieg von 1967.

Das Scheitern von Oslo ist der paradigmatische Fall dafür. Es gibt unüberbrückbare Differenzen, zum Beispiel bezüglich des Status von Ost-Jerusalem. Israelische Eiferer würden jeden israelischen Politiker von der Macht verdrängen, der es wagt, Ost-Jerusalem der palästinensischen Souveränität zu überlassen, und palästinensische Eiferer würden dasselbe mit jedem palästinensischen Führer tun,

der die Souveränität über Ost-Jerusalem aufgibt.

Wir sollten uns von der anhaltenden Illusion verabschieden, dass Israel jemals eine Einigung erzielen wird, oder dass Palästina jemals die Verhandlungsmacht hätte, um mit Israel sinnvoll zu verhandeln, insbesondere wenn die Palästinensische Autonomiebehörde in hohem Masse von den USA und anderen Geldgebern abhängig ist.

Der richtige Ansatz ist daher das Gegenteil, beginnend mit der Gründung zweier Staaten in international vereinbarten Grenzen, insbesondere in den Grenzen vom 4. Juni 1967, wie sie in den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung festgelegt sind. Die UN-Mitgliedstaaten müssen die Zwei-Staaten-Lösung durchsetzen, anstatt auf ein weiteres palästinensisch-israelisches Verhandlungsergebnis zu warten.

Daher sollte die Einigung in folgender Reihenfolge erfolgen:

1. Gründung Palästinas als 194. Mitgliedstaat im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen vom 4. Juni 1967.
2. Sofortiger Waffenstillstand.
3. Freilassung der Geiseln.
4. Humanitäre Hilfe.
5. Friedenstruppen, Abrüstung und gegenseitige Sicherheit.
6. Verhandlungen über die Modalitäten: Siedlungen, Rückkehr der Flüchtlinge, einvernehmlicher Landtausch und anderes. Aber keine Grenzen.

Im Jahr 2011 beantragte der Staat Palästina, der inzwischen von 140 UN-Mitgliedstaaten anerkannt wird, aber selbst noch kein UN-Mitglied ist, den Status eines Vollmitglieds der UN. Der Ausschuss für neue Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, der vom UN-Sicherheitsrat gebildet wird, erkannte die Legitimität des palästinensischen Antrags an. Aber wie es für den Friedensprozess absolut typisch ist, drängte die US-Regierung die Palästinensische Autonomiebehörde dazu, den Beobachterstatus zu akzeptieren und versprach, dass die volle UN-Mitgliedschaft bald folgen würde. Das geschah natürlich nicht.

Der Sicherheitsrat, der von der UN-Generalversammlung unterstützt wird, hat nach der UN-Charta die Befugnis, die Zwei-Staaten-Regelung durchzusetzen. Er kann dies nach jahrzehntelangen einschlägigen Resolutionen auf der Grundlage des Völkerrechts tun. Anschliessend kann er die Lösung durch eine Kombination aus "Zuckerbrot" – wirtschaftliche Anreize, Finanzierung des Wiederaufbaus, vom UN-Sicherheitsrat unterstützte Friedenstruppen, Abrüstung, Grenzsicherung und so weiter – und "Peitsche" – Sanktionen bei Verstössen durch eine der Parteien – durchsetzen. Die einzig denkbare Grenze für die Schaffung der Zwei-Staaten-Lösung ist die vom 4. Juni 1967.

Ausgehend von dieser Grenze könnten die beiden Seiten tatsächlich einen einvernehmlichen Landtausch zum beiderseitigen Vorteil aushandeln. Aber sie würden dies in dem Wissen tun, dass die beste Alternative zu einer einvernehmlichen Lösung (BATNA) die Grenze vom 4. Juni 1967 ist. Es ist durchaus möglich, sogar wahrscheinlich, dass die USA zunächst ihr Veto gegen den vorgeschlagenen Weg einlegen würden. Schliesslich haben die USA bereits mehrfach ihr Veto genutzt, um einen blossen Waffenstillstand zu blockieren.

Dennoch wird der Prozess, das Veto der USA auszulösen und dann eine grosse Mehrheit in der UN-Generalversammlung zu erreichen, aus drei Gründen sinnvoll sein: Erstens wendet sich die US-Politik angesichts des wachsenden Bewusstseins der US-Öffentlichkeit für die israelischen Kriegsverbrechen und den politischen Extremismus Israels zunehmend gegen die israelische Politik. Dieser Wandel der öffentlichen Meinung macht es sehr viel wahrscheinlicher, dass die US-Führung den hier skizzierten

grundlegenden Ansatz aufgrund der innenpolitischen Dynamik in den USA eher früher als später akzeptieren wird.

Zweitens lastet auch die zunehmende Isolierung der USA im UN-Sicherheitsrat und in der UN-Generalversammlung schwer auf der US-Führung und zwingt sie, ihre politischen Positionen unter Berücksichtigung geopolitischer Erwägungen zu überdenken.

Drittens wird ein starkes Votum im UN-Sicherheitsrat und in der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen vom 4. Juni 1967 dazu beitragen, das Völkerrecht und die Bedingungen für eine eventuelle Lösung zu stärken, sobald das Veto der USA aufgehoben ist.

Aus diesen Gründen besteht die realistische Aussicht, dass die UN endlich ihre völkerrechtliche und politische Autorität ausüben wird, um die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen. Vor 22 Jahren beteuerten die arabischen und islamischen Führer in der Arabischen Friedensinitiative von 2002, dass der einzige Weg zum Frieden über die Zwei-Staaten-Lösung führt. Am 7. Februar 2024 betonte das saudische Außenministerium erneut, dass ein umfassender Frieden nur durch die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 und Ost-Jerusalem als Hauptstadt erreicht werden kann.

Die arabischen Staaten und die Weltgemeinschaft im Allgemeinen sollten sich nicht auf einen weiteren vagen Friedensprozess einlassen, der wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt ist, vor allem angesichts der Dringlichkeit des anhaltenden Völkermords in Gaza und des schlechten Willens, der sich in den vergangenen 57 Jahren eines fruchtlosen Friedensprozesses angesammelt hat.

Frieden kann durch die sofortige Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung entstehen, wobei die Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen der Ausgangspunkt und nicht das Endergebnis ist. Zwei souveräne Staaten in den Grenzen vom 4. Juni 1967, die zunächst von UN-gestützten Friedenstruppen und anderen Garantien gesichert werden, sind der Ausgangspunkt für einen umfassenden und gerechten Frieden. Nicht nur zwischen Israel und Palästina, sondern auch für einen regionalen Frieden, der die diplomatischen Beziehungen im gesamten Nahen Osten sichert und diesen Konflikt beenden würde, der die Bewohner, die Region und die Welt seit mehr als einem Jahrhundert belastet.